

MIT EINANDER für Treptow-Köpenick

Miteinander
für Treptow-Köpenick

Zeitung der CDU-Fraktion

in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Treptow-Köpenick

Ausgabe 1/2026 | Seite 1

www.cdu-fraktion-tk.de

A100: Bezirksamt verwirrt mit unklarer Kommunikation

Der Weiterbau der A100 gehört zu den umstrittensten Infrastrukturprojekten in Berlin, insbesondere der 17. Bauabschnitt. Umso wichtiger ist es, dass politische Positionen klar benannt und Verantwortlichkeiten eindeutig zuzuordnen sind.

Genau dies lässt die zuständige Bezirksstadträtin, Claudia Leistner (Grüne), jedoch immer wieder missen. Ein eklatantes Beispiel waren zuletzt ihre öffentlichen Äußerungen in einem Interview. Darin hatte sich Leistner mit deutlichen Worten gegen den Weiterbau der A100 ausgesprochen.

Da sie in ihrer amtlichen Funktion als Stadträtin befragt wurde, erweckten Leistners Aussagen bei vielen Bürgerinnen und Bürgern den Eindruck, es handle sich um die offizielle Haltung des gesamten Bezirksamts.

Überrascht von dieser bislang unbekannt Positionierung hat die CDU-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung für Klarheit gesorgt. Konkret fragte die Fraktion, ob Leistner hier tatsächlich für das Bezirksamt als Ganzes gesprochen hat.

Die Antwort: Es gibt dort nach wie vor keine abgestimmte Position zum 17. Bauabschnitt der A100. Die öffentlich geäußerte Ablehnung stelle ausdrücklich die persönliche Meinung der Stadträtin dar, der weder ein Beschluss, noch eine abgestimmte Haltung des Bezirksamts zugrunde liegt.

Diese Klarstellung war in zweierlei Hinsicht wichtig, denn die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf zu wissen, ob Aussagen politischer Mandatsträger die Haltung einer gesamten Verwaltung widerspiegeln oder es sich lediglich um eine private Einzelmeinung handelt.

Und auch gegenüber der Bezirksverordnetenversammlung als demokratisch gewähltem Gremium ist diese Eindeutigkeit von grundlegender Bedeutung. Gerade bei so weitreichenden Verkehrs- und Infrastrukturprojekten mit erheblichen Auswirkungen auf Verkehr, Umwelt und Lebensqualität muss erkennbar sein, wer wofür spricht und auf welcher Grundlage.

Nur so können sachliche Diskussionen geführt und tragfähige Entscheidungen vorbereitet werden.



Eine starke Stimme für Inklusion: Behindertenbeirat sucht Verstärkung

Rund 48.000 Menschen mit Behinderungen leben in unserem Bezirk – eine beachtliche Zahl, die eine wirkungsvolle Vertretung erfordert. Der Beirat für Menschen mit Behinderungen in Treptow-Köpenick fungiert als wichtiges Bindeglied zwischen den Betroffenen, der Bezirkspolitik und der Verwaltung. Mit dem Ziel, Barrieren abzubauen und die Lebensqualität nachhaltig zu verbessern, setzt sich das Gremium behinderungs- und altersübergreifend für die Belange der Bürgerinnen und Bürger ein.

Da die aktuelle Wahlperiode ausläuft, steht der Bezirk vor einer wichtigen Phase: Für die Wahl Anfang 2026 sowie die gesamte kommende Legislaturperiode sucht das Gremium engagierte neue Mitglieder, die ihre Perspektiven und Ideen einbringen möchten.

Der Beirat zeichnet sich durch seine thematische Breite aus. Die Mitglieder vertreten die Interessen einer Vielzahl von Gruppen – von

Selbsthilfevereinen und Verbänden für Menschen mit körperlichen, geistigen oder mehrfachen Behinderungen über Angehörigen- und Elternvertretungen bis hin zu Sportvereinen und Trägern der Behindertenhilfe. Diese Diversität stellt sicher, dass die Bedürfnisse der unterschiedlichsten Lebensbereiche Gehör finden.

Interessierte können sich für Informationen zum Ablauf der Wahl und zu den Möglichkeiten einer Mitarbeit direkt an die Geschäftsstelle des Beirates wenden:

Geschäftsstelle des Beirates für Menschen mit Behinderung
Hans-Schmidt-Str. 18
12489 Berlin
Raum 314
Tel.: (030) 90297 6119
E-Mail: inklusion@ba-tk.berlin.de

Gestalten Sie die Zukunft unseres Bezirks mit – für ein Treptow-Köpenick, in dem Inklusion gelebte Realität ist.

Schulstation an der Edison-Grundschule gesichert

Die Schulstation an der Edison-Grundschule in Oberschöneweide bleibt. Nachdem eine vorläufige Weiterfinanzierung im Jugendhilfeausschuss zunächst abgelehnt worden war, ist es gelungen, eine tragfähige Lösung für deren Fortbestand zu finden. Der Weiterbetrieb ist somit für das gesamte Jahr 2026 gesichert.

Schulstationen leisten einen wichtigen Beitrag im Schulalltag. Sie unterstützen Kinder bei sozialen Herausforderungen, stehen Eltern beratend zur Seite und entlasten Lehrkräfte. Gerade in einem Umfeld mit vielfältigen sozialen Bedarfen sind sie ein unverzichtbarer Bestandteil schulischer Präventionsarbeit.

Ein Wegfall der Schulstation war für die CDU-Fraktion daher keine Option. Unser Jugendstadtrat und stellvertretender Bezirksbürgermeister, André Grammelsdorff, hat deshalb in engagierten Gesprächen mit der zuständigen Senatsverwaltung einen tragfähigen Kompromiss gesucht. Mit großem Erfolg: Treptow-Köpenick wird

nun Pilotbezirk für ein neues Modell der Jugendsozialarbeit an Schulen in ganz Berlin. Künftig übernimmt das Land Berlin den überwiegenden Teil der Finanzierung und die Trägergesellschaft TJFBG die übrigen Kosten.

Ziel ist es, vorhandene Mittel strukturell effizienter einzusetzen, die Jugendsozialarbeit an Schulen besser zu organisieren und gezielt die Qualität der Angebote weiter auszubauen. Unter anderem soll eine Arbeitsgruppe eingerichtet werden, um bestehende Angebote besser zu koordinieren und Doppelstrukturen abzubauen.

Damit wirkt die gefundene Lösung weit über den Fortbestand der einzelnen Schulstation an der Edison-Schule hinaus. Für die CDU-Fraktion Treptow-Köpenick ist dies ein gelungenes Beispiel für pragmatisches und verantwortungsvolles politisches Handeln, auch unter schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen. Entscheidend bleibt für uns, dass Angebote der Kinder- und Jugendsozialarbeit nicht dem Rotstift zum Opfer fallen.

Weniger Wahlplakate in Treptow-Köpenick?

Wahlplakate haben eine lange demokratische Tradition und gehören alle paar Jahre zum Stadtbild dazu, wenn gewählt wird. Dennoch können auch wir den Unmut vieler Menschen verstehen, die sich an der Anzahl bzw. Umfang zu manchen Wahlen stören. SPD, Linke und Grüne haben in diesem Jahr wieder einen Versuch unternommen, die Anzahl an Wahlplakate zu begrenzen. Diese Initiative ist allerdings im Sande verlaufen, weil Fortschritte bei diesem Thema ignoriert wurden.

Die Anzahl an Wahlplakaten wird seit fast 10 Jahren auf eine Initiative der CDU-Fraktion begrenzt: Gab es 2016 und 2017 noch fast 25.000 genehmigte Wahlplakate in Treptow-Köpenick (Spitzenreiter übrigens AfD und SPD), sind wir inzwischen bei knapp über der Hälfte dieser Anzahl angekommen. Die Anzahl und Reduzierung der genehmigten Plakate im Verlauf der letzten Jahre ist ganz gut dokumentiert. Was weniger gut funktioniert, ist allerdings die Kontrolle. Und das ist auch der Knackpunkt bei dieser Thematik. Das Bezirksamt (zuständig für Straßen- und Ordnungsangelegenheiten) sind die

Bezirksstadträte von Grünen und AfD) kann und will keine systematischen Kontrollen auf Verstöße gegen die Anzahl der Plakate vornehmen. Ahndung von illegal angebrachten Plakaten erfolgen in der Regel auch nur, wenn eine Gefährdungssituation vorliegt.

Ob es angesichts neuer politischer Mitbewerber wirklich dazu kommt, dass im Stadtbild weniger Wahlplakate sichtbar sind, kann bezweifelt werden. Zusätzlich sind immer noch unzählige Plakate, die für den Autoankauf werben („Wir kaufen dein Auto“), bezirkswweit sichtbar. Bei diesem Thema ist das Bezirksamt auf ganzer Linie gescheitert - trotz großspuriger Erklärungen des Bezirksbürgermeisters Igel, der sich jüngst in die Thematik eingeschaltet hatte.

Klare Haltung der CDU: Bevor neue Beschränkungen bei der Wahlplakatierung erlassen werden, muss das Bezirksamt nachvollziehbar erklären, wie eine Kontrolle erfolgt. Alle anderen illegalen Plakatwerbungen im Bezirk müssen unverzüglich geräumt werden.



Foto: Shutterstock, 1760101367

Teure Poller, kein Radweg – wenn schon die Planung zur Dauerbaustelle wird

Seit Jahren prägen unzählige Baustellenbaken das Bild in der Rummelsburger Landstraße. Sie sollen künftig einen Radweg sichern, doch der ist bis heute weder gebaut noch genehmigt. Was als vorbereitende Absicherung gedacht war, hat sich inzwischen zu einem Dauerzustand entwickelt: gebaut wird nicht, entschieden wird nicht, gezahlt wird trotzdem und zwar nicht zu knapp.

Auf unsere Nachfrage hin hat das Bezirksamt eingeräumt, dass die Poller jährlich rund 5.000 Euro an Kosten verursachen. Denn sie sind nur gemietet – und das seit 2017. In Summe sind also bereits mehrere zehntausend Euro Steuergeld geflossen, ohne dass auch nur ein Meter Radweg entstanden ist.

Der Grund für den Stillstand: Der Radweg ist bislang nicht genehmigungsfähig, unter anderem wegen der geplanten Lage in einem Wasserschutzgebiet. Dennoch hält das Bezirksamt weiter an der Absicherung fest. Dabei gibt es weder einen belastbaren Zeitplan noch eine realistische

Perspektive für die Umsetzung. Für uns stellt sich die Frage, warum das Bezirksamt über Jahre hinweg Geld für ein Projekt ausgibt, dessen rechtliche Voraussetzungen nicht geklärt sind? Ohne Frage: Radverkehr braucht gute Infrastruktur. Dies setzt aber vor allem eine realistische Planung voraus. Symbolische Maßnahmen ersetzen keine Genehmigung und keinen Bau.

Gerade in Zeiten knapper Haushaltsmittel muss das Bezirksamt endlich Verantwortung übernehmen. Jeder Euro, der hierfür verschwendet wird, fehlt an anderer Stelle: bei der Sanierung von Gehwegen, der Beseitigung von Schlaglöchern oder für Schulen, Kitas oder die Verkehrssicherheit insgesamt.

Wir fordern deshalb eine ehrliche Neubewertung dieses Vorhabens. Wenn ein Projekt absehbar nicht in Gang kommt, braucht es den Mut, Konsequenzen zu ziehen. Das bedeutet: Mietkosten stoppen, Planung sauber überprüfen und Steuergeld dort einsetzen, wo es tatsächlich Wirkung entfaltet und gebraucht wird.



Starke Partnerschaft für Kinder und Jugendliche

Nach mehr als zehn Jahren gemeinsamer Arbeit ist es offiziell: Die Bezirksstadträte für Schule (Marco Brauchmann) und Jugend (André Grammelsdorff) haben gemeinsam mit der Schulaufsicht sowie den Leitungen der beteiligten Ämter die bezirkliche Rahmenkonzeption zur Kooperation von Schule und Jugendhilfe unterzeichnet.

Die Konzeption schafft eine verbindliche Grundlage für eine enge Zusammenarbeit mit dem Ziel, Kinder und Jugendliche im Bezirk ganzheitlich zu fördern, soziale Bedarfe frühzeitig zu erkennen und passende Unterstützungsangebote bereitzustellen. An der Konzeption wurde bereits seit

2014 unter maßgeblicher Beteiligung der Referatsleiterin der Schulaufsicht, Frau Seidel-Nick, gearbeitet.

„Gute Bildung gelingt nur im Zusammenspiel vieler Partner. Mit der neuen Rahmenkonzeption stärken wir die Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe und schaffen bessere Voraussetzungen für erfolgreiche Bildungsbiografien.“, so Marco Brauchmann.

Die Rahmenkonzeption verankert die Kooperation künftig strukturell und schafft eine langfristige Grundlage für abgestimmte Strategien im Interesse von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien.

Bezirkshaushalt 2026/27: Falsche Prioritäten auf Kosten aller in Treptow-Köpenick

Mit dem Beschluss des Bezirkshaushalts für die Jahre 2026 und 2027 hat die Zählgemeinschaft aus SPD, Linken und Grünen in Treptow-Köpenick im vergangenen Herbst eine weitreichende Entscheidung getroffen – gegen die Stimmen der CDU. Trotz angespannter Haushaltslage und wachsender Herausforderungen im Bezirk setzt der Haushalt aus Sicht der CDU-Fraktion die falschen Schwerpunkte und vernachlässigt zentrale Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Zwar steigt das Haushaltsvolumen gegenüber den Vorjahren deutlich an, doch der Bezirk kann nur über einen kleinen Teil der Mittel tatsächlich frei verfügen. Ein Großteil ist gesetzlich gebunden, etwa für Sozial- und Jugendhilfe, Personal oder Betriebskosten. Umso wichtiger wäre eine klare Prioritätensetzung bei den verbleibenden Spielräumen gewesen – insbesondere für Schulen, Jugendhilfe, Ordnung und Sauberkeit. Genau hier jedoch bleibt der beschlossene Haushalt hinter den Erfordernissen zurück.

Besonders gravierend sind die Kürzungen im Schulbereich. Trotz wachsender Schülerzahlen und eines erheblichen Sanierungsstaus werden Investitionen im Schulbau und in die bauliche Unterhaltung deutlich zurückgefahren. Mittel, die noch im Investitionsprogramm vorgesehen waren, finden sich im Haushalt nicht wieder. Bis zu 14 Millionen Euro fehlen – rechnerisch könnten dadurch zahlreiche Schulbau- und Sanierungsprojekte betroffen sein. Gleichzeitig werden Hochbauleistungen nicht vollständig verausgabt, was den dringend notwendigen Fortschritt zusätzlich bremst.

Auch die freie Jugendarbeit ist weiterhin unterfinanziert. Gerade in Zeiten wachsender sozialer Herausforderungen wäre eine Stärkung dieser Angebote dringend geboten. Dazu erklärt der Fraktionsvorsitzende der CDU, Dustin Hoffmann: „Es darf nicht bei Kindern und Jugendlichen und damit an der Zukunft unseres Bezirks gespart werden, um rot-rot-grüne Prestigeprojekte und eigenes Missmanagement zu finanzieren. Genau das geschieht mit diesem Haushalt.“

Hinzu kommt ein eklatanter Widerspruch bei der Finanzierung von Straßen, Geh- und Radwegen. Nach einem harten Winter wurden im Bezirk bereits weit über 700 Schlaglöcher gemeldet. Dennoch stehen für die Sanierung von Straßen, Geh- und Radwegen insgesamt lediglich 8,6 Millionen Euro zur Verfügung – exakt die gleiche Summe wie im Vorjahr. Bereits 2025 wurden aus diesem Budget 330.000 Euro für ein grünes Prestigeprojekt ausgegeben: die Fahrradstraße in Alt-



Treptow mit einer Länge von rund 200 Metern. Für 2026 sind nun Ausgaben in vielfacher Höhe zu erwarten. Die zuständige Bezirksstadträtin von den Grünen plant, die Kiezblockmaßnahmen in Alt-Treptow weiter auszubauen – unter anderem mit Diagonalsperren, zusätzlichen Abschnitten von Fahrradstraßen, weniger Parkplätzen und neuen Einbahnstraßenregelungen. Aus Sicht der CDU-Fraktion wäre es dringend geboten, zunächst die massiven Schäden auf Geh- und Radwegen sowie auf der Fahrbahn zu beseitigen und dort zu investieren, wo bislang noch gar keine sicheren Geh- und Radwege existieren. Die schon jetzt geringen Mittel gehören fair und da wo sie notwendig sind, eingesetzt und nicht prioritär dort, wo sich die Grünen mit ihrer Stadträtin im kommenden Herbst die meisten Stimmen erwarten.

Noch unverständlicher sind Ausgaben, die sich das Bezirksamt mit den Stimmen von SPD, Linken und Grünen selbst genehmigt. So werden rund 50.000 Euro für einen kommunalen Fahrrad- bzw. Lastenradverleih eingeplant, weitere Mittel fließen in besonders kostenintensive Beauftragtenstrukturen und ein neues Klimaschutzkonzept, obwohl hierfür bereits Fachpersonal im Bezirksamt vorhanden ist. Hinzu kommen Mehrausgaben für Dienstreisen, mehrfache Büroausstattung und Veranstaltungen. Man muss es sich vor Augen führen: Während der Sanierung des Rathauses Köpenick beschaffte das Bezirksamt für den Ausweichstandort neue Möbel und sicherte sich im Haushalt gleichzeitig Mittel, um beim Wiedereinzug erneut sämtliche Räume auszustatten.

Die Geldaufwüchse bei den von

Bezirksbürgermeister Oliver Igel (SPD) sowie den Bezirksstadträtinnen Dr. Leistner (Grüne) und Weingart (Linke) verantworteten Einzelplänen liegen mit über 7 Millionen Euro deutlich über dem Niveau der letzten Haushalte – weit mehr, als notwendig wäre, um einen funktionierenden Bezirk zu gewährleisten. Statt gezielt in Schulen, Jugend, Infrastruktur und Sicherheit zu investieren, werden neue Stellen im Umfeld des Bezirksbürgermeisters geschaffen, etwa im Steuerungsdienst, in der Wirtschaftsförderung oder in der sogenannten sozialräumlichen Planungskoordination.

Augen reiben musste man sich, als der Plan von Sozialstadträtin Weingart (Linke) bekannt wurde: Aufgrund zu niedrig angesetzter Eckwerte zu Beginn der Haushaltsaufstellung beschloss das Bezirksamt, alle Kiezclubs – also die bezirklichen Seniorenfreizeiteinrichtungen – ohne Sachmittel auszustatten und damit faktisch arbeitsunfähig zu machen. Erst breiter Protest aus den Kiezen sowie massiver Druck aus der Bezirksverordnetenversammlung und

der CDU-Fraktion veranlassten das Bezirksamt, die wichtige Arbeit der Kiezclubs abzusichern – allerdings zu einem hohen Preis. Da dieser Fehler bereits bei der Festlegung der sogenannten Eckwerte entstanden war, konnten die notwendigen Mittel nur zulasten anderer Ressorts umgeschichtet werden. Diese Mittel fehlen nun an anderer Stelle.

Die CDU-Fraktion hatte im Haushaltsverfahren konkrete Änderungsvorschläge eingebracht, um Mittel gezielt zugunsten von Schulen, Jugend, Ordnung und Sauberkeit umzuschichten. Diese wurden von SPD, Linken und Grünen abgelehnt. Damit wird deutlich: Statt Verantwortung und Konsolidierung dominieren Wunschprojekte und Prestigevorhaben.

Der beschlossene Bezirkshaushalt 2026/27 ist deshalb kein Haushalt für die Zukunft unseres Bezirks. Er spart bei Kindern und Jugendlichen, während der Bürgermeister sich zusätzliche Spielräume schafft. Diese Prioritätensetzung bleibt aus Sicht der CDU falsch – politisch wie inhaltlich.



Welterbe braucht sichere Wege

Die Gartenstadt Falkenberg, besser bekannt als Tuschkastensiedlung, ist eines der bekanntesten architektonischen Wahrzeichen in Altglienicke. Mit ihrer besonderen Gestaltung und ihrem städtebaulichen Ansatz gehört sie zu den UNESCO-Welterbestätten der Siedlungen der Berliner Moderne. Sie ist ein Ort, auf den wir im Südosten Berlins zu Recht stolz sein können.

Welterbe bedeutet jedoch mehr als der Schutz von Fassaden und Baukörpern. Es geht auch darum, diese Orte im Alltag erlebbar, zugänglich und sicher zu halten. Genau hier sehen viele Anwohnerinnen und Anwohner seit längerem Handlungsbedarf. Der Zustand einzelner Gehwege im Umfeld der Tuschkastensiedlung ist sichtbar schlecht. Unebene Pflasterungen und beschädigte Wegabschnitte stellen insbesondere für ältere Menschen, Familien mit Kinderwagen oder mobilitätseingeschränkte Personen ein echtes Risiko dar.

„Diese Hinweise nehmen wir ernst. Eine schriftliche Anfrage in der

Bezirksverordnetenversammlung hat deutlich gemacht, dass die Problematik auch dem Bezirksamt bekannt ist. Gleichzeitig zeigt die Antwort, dass es bislang überwiegend bei punktuellen Sicherungsmaßnahmen bleibt“, so der Bezirksverordnete Matthias Dehmel.

Denkmalpflege, Verkehrssicherheit und Lebensqualität gehören zusammen. Sichere Wege sind keine Nebensache, sondern Voraussetzung dafür, dass ein historisch bedeutendes Ensemble im Alltag angenommen und genutzt werden kann. Gerade in einem Wohngebiet mit vielen älteren Menschen ist dies von besonderer Bedeutung.

Deshalb setzt sich die CDU Treptow-Köpenick dafür ein, dass der Zustand der Wege rund um die Tuschkastensiedlung stärker in den Fokus rückt und bei zukünftigen Planungen eine höhere Priorität erhält. Dabei geht es nicht um kurzfristige Symbolpolitik, sondern um nachhaltige Lösungen und eine bessere Abstimmung zwischen Bezirk,

Land und möglichen privaten Partnern aus dem Bereich der Denkmalpflege.



Foto: KI-generiert

Impressum:

Miteinander für Treptow-Köpenick

Herausgeber:
 CDU-Fraktion in der
 BVV Treptow-Köpenick
 Neue Krugallee 4, 12435 Berlin
 Tel.: 030-533 77 25
 Email: info@cdu-fraktion-tk.de

www.cdu-fraktion-tk.de
 V.i.S.d.P.:
 Dustin Hoffmann
 (Fraktionsvorsitzender)

Kunst oder Schmiererei? CDU fordert legale Flächen statt „Vandalismus-Romantik“

Die Debatte um Graffiti im öffentlichen Raum erreicht eine neue Stufe. Während die CDU-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) einen konstruktiven Weg vorschlägt – die Bereitstellung legaler Graffiti-Flächen, um Vandalismus einzudämmen und junge Kreative gezielt zu fördern –, sorgt eine Aussage aus den Reihen der SPD für Kopfschütteln.

Dunja Wolff (SPD) sorgte jüngst in einem Instagram-Video für Aufsehen, als sie die massiven Schmierereien im Spreetunnel Friedrichshagen kurzerhand als „Kunst“ deklarierte. Für die CDU-Fraktion ist diese Verharmlosung ein Schlag ins Gesicht der betroffenen Anwohner und Steuerzahler. „Was Frau Wolff als Kunst verklärt, ist in der Realität nichts anderes als Sachbeschädigung, die das Land Berlin Zehntausende Euro für Reinigung und Instandsetzung kostet“, betont die CDU-Fraktion.

Die CDU setzt dem eine klare Strategie entgegen: Wer ernsthaft Jugendkultur unterstützen und das Stadtbild bewahren will, muss legale Freiräume schaffen. Orte wie die Skateanlage im Bellevuepark könnten als Vorbild dienen, um kreative Energie in geordnete Bahnen

zu lenken, statt den öffentlichen Raum dem ungebremsten Verfall preiszugeben.

Legale Flächen dienen nicht dazu, Schmierereien an Brücken oder Tunneln zu rechtfertigen, sondern sie entlasten den Bezirk und das Land Berlin ordnungsrechtlich. Der Antrag der CDU ist ein Aufruf zu mehr Verantwortungsbewusstsein. Wir brauchen echte Konzepte für saubere öffentliche Flächen und keine „Vandalismus-Romantik“, die den öffentlichen Raum zur Spielwiese für Sachbeschädigung degradiert. Die CDU steht für ein gepflegtes und sicheres Treptow-Köpenick – in dem zwischen Kunst und Kriminalität klar unterschieden wird.



Anzeige

SCHON DABEI? NEWSLETTER ABONNIEREN!

Bleiben Sie immer über die Entwicklungen im Bezirk und die Aktivitäten der CDU-Fraktion Treptow-Köpenick auf dem Laufenden.

Anmeldung unter:
info@cdu-fraktion-tk.de